

Die Lebenssituation wohnungsloser Menschen in Berliner ASOG- Unterkünften

Eine Studie des Masterstudiengangs
Praxisforschung in Sozialer Arbeit
und Pädagogik der ASH Berlin



Aufbau

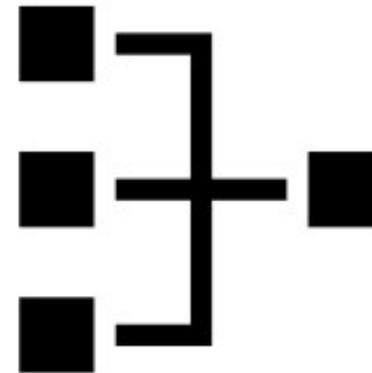
1. Vorbemerkungen

- a. ASOG-Unterbringung in Berlin
- b. Methodisches Vorgehen

2. Ergebnisse der Studie

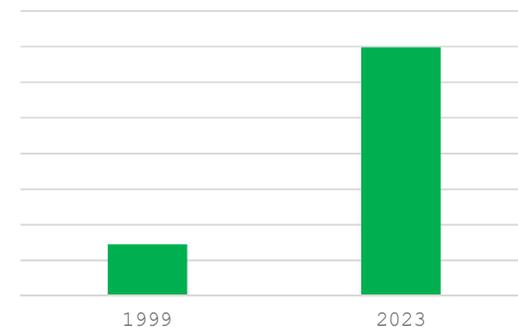
- a. Beschreibung
- b. Analyse
- c. Forderungen

3. Fazit



1a. ASOG-Unterbringung in Berlin (1)

- Anspruch auf ordnungsrechtliche Unterbringung bei „unfreiwilliger Obdachlosigkeit“ nach dem ASOG Bln
- „Die Unterbringungskapazitäten in diesen Obdachlosenunterkünften, Pensionen und Wohnheimen gewerblicher und freier Träger sind ... systematisch zu reduzieren.“ (1. Berliner Leitlinien 1999, Drs. 13/4095: 6)
 - ⇒ Anzahl der registrierten wohnungslosen Menschen bei den Berliner Sozialämtern zu diesem Zeitpunkt insgesamt: 7.273
 - ⇒ Anzahl der zum Stichtag 31.01.2023 nach dem WoBerichtsG erfassten ordnungsrechtlich untergebrachten wohnungslosen Menschen in Berlin: 34.935



1a. ASOG-Unterbringung in Berlin (2)



2023 betragen die Gesamtkosten für ASOG-Unterbringungen knapp 355 Mio. Euro (Drs. 19/19096: 2)

- In Berlin existieren seit mehr als 20 Jahren Mindeststandards für die ASOG-Unterbringung in Wohnheimen, die sich jedoch im Laufe der Jahre bis auf einen Satz nicht verändert haben.
 - Letzte „Aktualisierung“: 2014
- Die Berliner Mindeststandards basieren auf dem Ziel der Gefahrenabwehr und legen keinen Fokus auf soziale Unterstützung
- ⇒ Die menschenrechtlichen Verpflichtungen (*vgl. für DE Engelmann u. a. 2022: 12 f.*) bilden die geltenden Mindeststandards nicht ab

1b. Methodisches Vorgehen (1)

- Kooperation zwischen ASH Berlin und LIGA Berlin (unterstützt durch SenASGIVA)
- Forschungsteam: 16 Studierende eines Praxisforschungsprojekts des Masterstudiengangs „Praxisforschung in Sozialer Arbeit und Pädagogik“ sowie Susanne Gerull (Projektleitung)
- Wissenschaftliche Begleitung durch drei ASOG-Bewohner_innen
- Präsentation der Interviewergebnisse in vier „Vorrunden“
 - ⇒ LIGA, Forum Grundsicherung, AKWO und UfO Berlin



23 problemzentrierte Interviews (*Witzel 2000*)
inhaltsanalytisch
ausgewertet (*Mayring 2022*)



Recherche des
Forschungsstands

1b. Methodisches Vorgehen (2)

Übergreifende Fragestellungen

1. Wie gestalten sich die Lebenssituation und der Alltag ordnungsrechtlich untergebrachter wohnungsloser Menschen in den sogenannten ASOG-Unterkünften in Berlin?
2. Welche (v. a. sozialen) Mindeststandards sind auf Grundlage der Forschungsergebnisse kurz- und mittelfristig verbindlich festzulegen, solange diese Form der Unterbringung wohnungsloser Menschen benötigt wird?
3. Wo muss ggf. an den Schnittstellen zu anderen Hilfen nachjustiert werden?

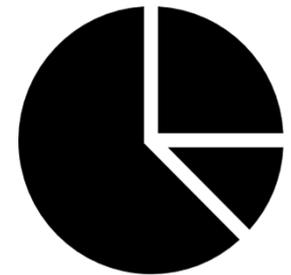


2a. Ergebnisse: Beschreibung (1)

In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse der 23 Interviews vorgestellt und ggf. mit Erkenntnissen aus der Literaturrecherche abgeglichen.

Übersicht über die interviewten Personen und Wohnheime

- 9 Frauen, 13 Männer und eine non-binäre Person
- Überwiegend Alleinlebende, 1 Paar und 3 Jugendliche (aus 3 unterschiedlichen Familien)
- 14-74 Jahre alt
- Zwischen 2 Monaten und 53 Jahren wohnungslos
- 7 verschiedene Unterkünfte gewerblicher und 9 verschiedene Unterkünfte freigemeinnütziger Träger
 - Darunter auch Wohnheime nur für Frauen und solche mit suchtakzeptierendem Ansatz



2a. Ergebnisse: Beschreibung (2)

■ Ausstattung

- Überwiegend als eng und zweckmäßig bis karg eingerichtet bezeichnet, teils reparaturbedürftiges Mobiliar



- Hygienischer Zustand der meist gemeinschaftlich zu nutzenden sanitären Anlagen und Küchen und fehlende Privatsphäre wird mehrheitlich (z. T. mit drastischen Schilderungen) bemängelt (*vgl. für DE Engelmann u. a. 2020: 40 ff.*)

■ Nähere Umgebung/Infrastruktur

- Überwiegend als sehr gut beschrieben, positiv herausgestellt werden v. a. ÖPNV-Anschluss, Einkaufsmöglichkeiten und Grünflächen/Parks

■ Hausregeln

- Von vielen Interviewten akzeptiert, aber auch nicht allen bekannt
- Nicht immer konsequent kontrolliert und/oder sanktioniert

2a. Ergebnisse: Beschreibung (3)

■ Das Zusammenleben im Haus



- Eher wenig Kontakt untereinander
 - Berichte über aggressives Verhalten, Vandalismus und/oder psychisch stark belastete Mitbewohner_innen (*vgl. für DE Engelmann u. a. 2020: 41*)
 - Einige Interviewte berichten von gegenseitiger Unterstützung im Haus
 - Personal bei Konflikten im Haus nicht immer hilfreich, auch Sozialarbeiter_innen nicht immer als unterstützend erlebt
- ## ■ Freizeitangebote
- Bei knapp der Hälfte der Interviewten gibt es keinerlei organisierte Freizeitangebote im Wohnheim, z. T. werden diese auch nicht vermisst
 - Regelmäßige Angebote sind selten
 - Im Wohnheim der drei Jugendlichen gibt es für diese spezielle Angebote

2a. Ergebnisse: Beschreibung (4)



- Unterstützungsangebote
 - Die bei einigen Trägern angestellten Sozialarbeiter_innen/ Sozialbetreuer_innen werden bei psychischen/emotionalen Problemen teilweise als sehr unterstützend, teilweise als nicht ansprechbar oder sogar als ihnen unbekannt beschrieben
 - Von Unterstützung zur Überwindung der Wohnungslosigkeit wird nur vereinzelt berichtet (*vgl. für DE Engelmann u. a. 2020: 42*)
 - Die ASOG-Einrichtung für Familien hat eine Erzieherin angestellt
- Kooperation mit anderen Dienstleistern und externe Unterstützung
 - In einigen Wohnheimen wird mit Pflegediensten kooperiert
 - Z. T. Angebot der Tafel
 - Ein Wohnheim bietet 1x monatlich hausärztliche Sprechstunde an
 - Mehrere Interviewte werden extern von Sozialarbeiter_innen unterstützt

2a. Ergebnisse: Beschreibung (5)

■ Minderjährige

- Die interviewten Jugendlichen wohnen teils schon seit Jahren mit ihren Familien im Wohnheim
- Das lange Warten auf andere Lebensbedingungen kostet Kraft
- Von freundschaftlichen Beziehungen im Wohnheim selbst wird nicht berichtet

■ Haustiere

- In den meisten Wohnheimen sind eigene Haustiere verboten
- Zwei Interviewte können sich eine Trennung vom Tier/von den Tieren nicht vorstellen, diese bestimmen teilweise ihren kompletten Tagesablauf (*vgl. Wesenberg 2020: 53 f.*)
- Für das Leben mit Haustier gelten im Wohnheim Regeln, die beiden „okay“ und angemessen erscheinen



2b. Ergebnisse: Analyse (1)

In diesen Abschnitt fließen neben den Interpretationen der Forschungsgruppe auch die Diskussionsergebnisse aus den Vorrunden-Präsentationen ein.

Die Wohnbedingungen

- Formale Mindeststandards werden eingehalten, ein menschenwürdiges Wohnen ist jedoch häufig nicht möglich
 - Z. B. unzumutbare sanitäre Einrichtungen (auch durch nicht achtsamen Umgang der Bewohner_innen)
 - Fehlende Privatsphäre durchgängig bemängelt, auch bei sonst guter Bewertung der bewohnten Unterkunft – besonders für Familien, Frauen, queere Personen und andere Menschen mit besonderem Schutzbedürfnis unverträglich
 - Das Leiden unter diesen Wohnbedingungen steigt mit der zunehmenden Dauer der Unterbringung

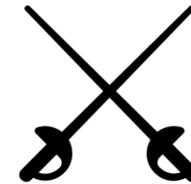


(Vgl. für DE Engelmann u. a. 2020: 30 f.; MAGS 2022: 14)

2b. Ergebnisse: Analyse (2)

Das Miteinander

- Bedürfnisse und Einschätzungen der Interviewten differieren zwischen Wunsch nach mehr Miteinander, Ambivalenz und klarer Ablehnung privater Kontakte innerhalb des Wohnheims
 - Aggressives Verhalten, Streitereien bis hin zu Notarzt- und Polizeieinsätzen führen zu Rückzug und Unsicherheit, Konfliktvermeidung wird zur Strategie (z. B. Herr Schmidt; Herr Maier; vgl. Kelling 2020: 19)
 - Nur wer ausreichende Ressourcen besitzt, Kontakte aufzubauen und zu pflegen, kann Spielräume schaffen und den Alltag gelingender gestalten (z. B. Yasin, 16 J.; vgl. Eichhorst u. a. 2020: 93)
- Bei Konflikten untereinander gibt es wenig bis keine Unterstützung vom Personal, deren Macht- und Kontrollinstanz wird ebenfalls unterschiedlich eingeschätzt (willkürlich lt. Herrn Schmidt; berechenbar lt. Herrn Baerbock im selben Haus)



2b. Ergebnisse: Analyse (3)

Bedürfnisse besonderer Zielgruppen

- Minderjährige und Familien (hier insbesondere statusgewandelte Geflüchtete)
 - ➔ Kein Wissen zu jugendlichen Lebensrealitäten in ordnungsrechtlicher Unterbringung vorhanden. Bei ehemals Geflüchteten wird (ein zweites Mal) „die Stopptaste gedrückt“ (UNICEF/DIMR 2023: 7)
- Frauen/ queere Personen
 - ➔ Keine Schutzkonzepte (vgl. Engelmann 2022: 28)
- Konsumierende/ süchtige Menschen
 - ➔ Kein spezifisches Beratungsangebot selbst in suchtakzeptierenden ASOGs (z. B. Herr Ralle)
- Psychisch belastete/ kranke Menschen
 - ➔ Z. T. langfristig in ASOG „geparkt“ – ohne bedarfsgerechte Hilfe (vgl. Engelmann u. a. 2020: 43 f.)
- Haustierbesitzer_innen
 - ➔ Viel zu wenig Plätze vorhanden - Menschen ziehen die Straße vor (statt Tierheim)

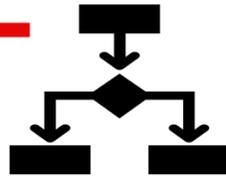
2b. Ergebnisse: Analyse (4)



Langzeitwohnen statt Gefahrenabwehr

- ASOG-Wohnheime zur „Gefahrenabwehr“ konzipiert, aber längst zur Dauerlösung mutiert
 - ⇒ Diskrepanz zwischen Rechtsprechung und Realität
 - ⇒ „Übergangslösungen“ bräuchten keine sozialen Mindeststandards
(vgl. *Engelmann u. a. 2020: 30*)
- Die unzumutbaren und krankmachenden Lebensbedingungen in vielen ASOG-Unterkünften sind den Zuständigen bekannt, aber es herrscht ein „organisiertes Nichtwissen“ (*Eichhorst u. a. 2020: 49*)
 - ⇒ Mögliche Rechtsansprüche auf Hilfen nach 67 ff. SGB XII werden auch nach Jahrzehnten der Unterbringung nicht geprüft (z. B. *Herr Schmidt*)
- Für einige Betreiber_innen ist es eine „Gelddruckmaschine“ (*Herr Maier*), während andere Unterstützungs- und Freizeitangebote querfinanzieren
 - Kontrollen finden kaum statt (oder werden angekündigt, vgl. *Herr Maier*)

2b. Ergebnisse: Analyse (5)



Die Konsequenzen

- Die meisten unserer Interviewten haben sich mit ihrer Situation arrangiert, da sie (aktuell) keine Perspektiven sehen
 - ⇒ Herr Schmidt (seit 53 Jahren in ASOG) nimmt sein fremdbestimmtes Leben nur noch resigniert und gleichgültig hin
 - ⇒ Herr Berlin kompensiert seine Unzufriedenheit mit der Unterstützung anderer Bewohner_innen - und wertet sich selbst damit auf
 - ⇒ Herr Baerbock entgeht der Stigmatisierung der Gesellschaft, indem er sich ein Netzwerk innerhalb der Unterkunft geschaffen hat (inkl. Personal)
- Menschen mit schlechten Erfahrungen ziehen oft die Straße vor, hier kann es zu jahrelangen Drehtüreffekten kommen
 - Aber auch Sozialämter setzen Ansprüche auf ASOG bei explodierenden Tagessätzen teilweise nicht um (*Forum Grundsicherung*)

2c. Ergebnisse: Forderungen (1)

In diesen Abschnitt fließen neben den Schlussfolgerungen der Forschungsgruppe auch die Forderungen der Teilnehmenden an den Vorrunden-Präsentationen ein.

Kurzfristig umzusetzen

- Aktualisierung und Erweiterung der Berliner Mindeststandards, u.a.
 - Einzelzimmer als Regelfall für Alleinstehende
 - Zur Verfügungstellung von Internetzugang und Endgeräten
 - Verbindliche und einheitliche Besuchsregelungen
 - Mitspracherechte für die Bewohner_innen
 - Verpflichtendes Unterstützungsangebot durch Fachkräfte (mindestens 1:50 untergebrachte Haushalte)
 - Einhaltung des zu entwickelnden Schutzkonzepts (s. nächste Folie)



➔ Unter Beachtung der menschenrechtlichen Standards (vgl. Engelmann 2022)

2c. Ergebnisse: Forderungen (2)

Noch: Kurzfristig umzusetzen



▪ SenASGIVA und Bezirke

- Entwicklung/Planung einer unabhängigen Beschwerdestelle für akut wohnungslose Menschen
- Einführung mindestens vierteljährlich zu führender Perspektiv-Gespräche der zuständigen Sozialen Wohnhilfen mit den von ihnen nach ASOG Untergebrachten
- Entwicklung eines Schutzkonzepts für besonders vulnerable Gruppen (s. Analyse)
- Entwicklung (beiderseitig) verbindlicher Prozessbeschreibungen an den Schnittstellen zur Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und zu den Anti-Gewaltprojekten
- Regelmäßige unangemeldete Kontrollen der Unterkünfte (mindestens jährlich), bei Verstößen Nachprüfung und ggf. Lizenzentzug
- Transparenz bei der Preisgestaltung / Schaffung einheitlicher Berechnungsgrundlagen und ggf. Deckelung der Tagessätze
- Einführung von Freihaltereregeln

2c. Ergebnisse: Forderungen (3)

Mittelfristig umzusetzen

- Schaffung von (mehr) zielgruppenspezifischen Angeboten
 - Z. B. für Frauen, LGBTQI*, Menschen mit Haustieren, psychisch belastete Personen
- Größenbegrenzung der Wohnheime (maximal 100 Zimmer)
- Verkürzung der Aufenthaltsdauer auf maximal 3 Monate
- Deckelung der Eigenbeteiligung
- Ermöglichung gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe
 - ⇒ Niedrigschwellige Angebote und finanzielle Förderung selbstorganisierter Aktivitäten



2c. Ergebnisse: Forderungen (4)

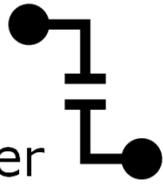
Und größer gedacht?



- Umstrukturierung des Hilfesystems für akut wohnungslose Menschen (inklusive Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII (vgl. AG 67er-Hilfen bei der 7. Strategiekonferenz))
- Schließung der Lücke zwischen Gefahrenabwehr (ASOG) und 67er-Hilfen (SGB XII) durch mehr Angebotsvielfalt
 - ⇒ Z. B. Wagenplätze, Beheimatungsangebote, WGs für spezifische Zielgruppen, selbstorganisierte Wohnformen, ...
- Für die dann nur noch kurzfristige ASOG-Unterbringung ausschließlich Unterkünfte mit Wohneinheiten inklusive eigenem Sanitärbereich und Küchenzeile belegen (vgl. BAG W 2013 zit. n. MAGS 2022: 15)

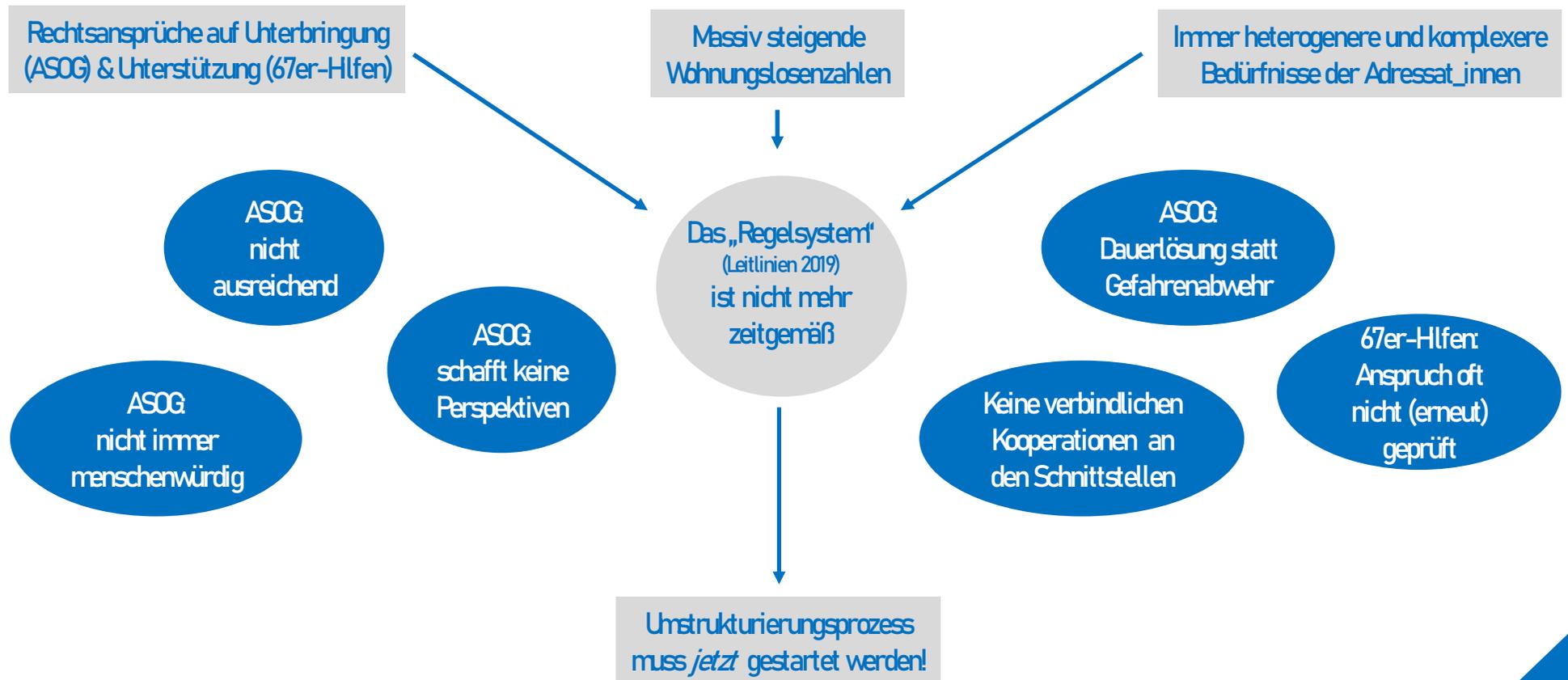
2c. Ergebnisse: Forderungen (5)

Was fehlt noch?



- Sicherstellung der Verhinderung von Wohnungsverlusten aufgrund von Mietschulden nach den gesetzlichen Vorgaben (Soll-Vorschriften SGB II und XII)
- Schaffung eines Programms zur Wohnungsversorgung wohnungsloser und anderer sozial benachteiligter Menschen, z. B. (*vgl. MAGS 2019: 107 ff.*)
 - Kommunale Belegungsrechte sichern, z. B. im Rahmen von Baugenehmigungen
 - Übernahme von Garantieleistungen
 - Einflussnahme auf die Vergabepaxis im kommunalen Wohnungsbestand

3. Fazit



4. Quellen (1)

Titelzeichnung: ©Jaqueline Ruppin

Drs. 13/4095: Mitteilung – zur Kenntnisnahme – über Leitlinien zur Hilfe für Wohnungslose in Berlin und Obdachlosenrahmenplan – Drsn Nr. 13/2588 und Nr. 13/2634 – Schlussbericht – und – Drsn Nr. 13/2591 und Nr. 13/2635 – Schlussbericht vom 10.09.1999

Drs. 19/19096: Kosten der Wohnungslosigkeit in Berlin. Antwort auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Taylan Kurt (GRÜNE) vom 8. Mai 2024

Eichhorst, Finya/ Gunia, Anne/ Kelling, Emily/ Runge, Farina/ Schütze, Alina/ Wagner, Lisa/ Wulf, Jonas (2020): Vier Betrachtungsebenen. Die Hostelwirtschaft mit Wohnungslosen in Berlin. In: Kelling, Emily/ Pelger, Dagmar/ Löw, Martina/ Stollmann, Jörg (Hg.): Wohnhaft im Verborgenen. Die Hostelwirtschaft mit Wohnungslosen in Berlin. Berlin: Universitätsverlag der TU Berlin, S. 26-144

Engelmann, Claudia (2022): Notunterkünfte für Wohnungslose menschenrechtskonform gestalten. Leitlinien für Mindeststandards in der ordnungsrechtlichen Unterbringung. Deutsches Institut für Menschenrechte. 2., aktualisierte Auflage. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte

Engelmann, Claudia/ Mahler, Claudia/ Follmar-Otto, Petra (2020): Von der Notlösung zum Dauerzustand: Recht und Praxis der kommunalen Unterbringung wohnungsloser Menschen in Deutschland. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte

Kelling, Emily (2020): Einleitung. Offenlegung eines verborgenen Phänomens. In: Kelling, Emily/ Pelger, Dagmar/ Löw, Martina/ Stollmann, Jörg (Hg.): Wohnhaft im Verborgenen. Die Hostelwirtschaft mit Wohnungslosen in Berlin. Berlin: Universitätsverlag der TU Berlin, S. 12-19

4. Quellen (2)

- Leitlinien 2019: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Berlin (2019): Leitlinien der Wohnungsnotfallhilfe und Wohnungslosenpolitik vom 03.09.2019.
<https://www.berlin.de/sen/soziales/besondere-lebenssituationen/wohnungslose/wohnungslosenpolitik/leitlinien-der-wohnungsnotfallhilfe-und-wohnungslosenpolitik-2019.pdf?ts=1716476437> (08.06.2024)
- MAGS: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2019): Wohnungsnotfallhilfen vorausschauend planen und präventiv handeln. Eine Praxishilfe für Kommunen und freie Träger der Wohlfahrtspflege. Düsseldorf: MAGS
- MAGS: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2022): Empfehlungen des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen zur Ausgestaltung der ordnungsrechtlichen Unterbringung von obdachlosen Menschen. Düsseldorf: MAGS
- Mayring, Philipp (2022): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 13., überarb. Aufl. Weinheim und Basel: Beltz Verlag
- UNICEF/DIMR: Deutsches Komitee für UNICEF e.V./ Deutsches Institut für Menschenrechte (Hg.) (2023): "Das ist nicht das Leben". Perspektiven von Kindern und Jugendlichen in Unterkünften für geflüchtete Menschen.
<https://www.unicef.de/informieren/materialien/das-ist-nicht-das-leben/338346> (06.06.2024)
- Witzel, A. (2000). Das Problemzentrierte Interview. <https://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1132/2519> (01.06.2024)

Danke für eure/Ihre Aufmerksamkeit!

Prof. Dr. Susanne Gerull
Alice-Salomon-Hochschule Berlin
mail@susannegerull

